

Absturzunfälle – geht es wirklich nicht ohne sie?

Verfasser: *Dipl.-Ing. Wolfgang Seifert*
Bau-Berufsgenossenschaft Frankfurt/M.

Wenn man sich mit den Unfallschwerpunkten bei Bauarbeiten beschäftigt und dabei die Auswirkungen insbesondere hinsichtlich der Unfallschwere berücksichtigt, wird man den Absturzunfall als eine dominante Größe feststellen können.

Da dies schon seit vielen Jahren so ist soll die Frage beantwortet werden, ob es wirklich nicht ohne diese Abstürze geht ?

Man muß sich als erstes im Klaren sein, daß jede in der Höhe tätige Person ohne Sicherung permanent absturzgefährdet ist und somit mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Fall kommen kann, wenn eine Fehlhandlung vorliegt. Dies ergibt sich aus dem allseits bekannten Gravitationsgesetz, was dann zwangsläufig wirkt.

Zu diesem ersten Punkt muß gesagt werden, daß es allerdings eine Vielzahl von Situationen bei der Ausführung von Bauarbeiten geben kann, ja sogar im rechtlichen Sinne geben darf, wo Beschäftigte ungesichert tätig sind bzw. sein dürfen. Dies ist beispielsweise mit dem Umfang von Tätigkeiten begründbar, für welche die Erstellung der Absturzsicherung mit weitaus höheren Gefahren verbunden wäre als die eigentlich durchzuführende Arbeit. Mit anderen Worten, wir werden es immer wieder mit Absturzunfällen dieser Kategorie zu tun haben.

Damit letzteres richtig eingeordnet und verstanden wird, will ich als zweites sagen, daß es natürlich ohne Absturzunfälle gehen kann, und zwar für den Teil von Tätigkeiten, für den insbesondere technisch mögliche Sicherungen geplant, ausgeführt und auch benutzt werden.

Daß es dazu für den Anwender Mindestanforderungen im Regelwerk, z.B. den Unfallverhütungsvorschriften gibt, dürfte allgemein bekannt sein. Die allerdings oftmals fehlende konsequente Umsetzung hat dann den Anteil von Absturzunfällen zur Folge, der eindeutig vermeidbar gewesen wäre.

Im Jahr 1996 wurden bei den Bau- Berufsgenossenschaften und der Tiefbau- Berufsgenossenschaft 17.287 Absturzunfälle erfaßt und umfassend ausgewertet.

Dazu nur einige statistische Angaben.

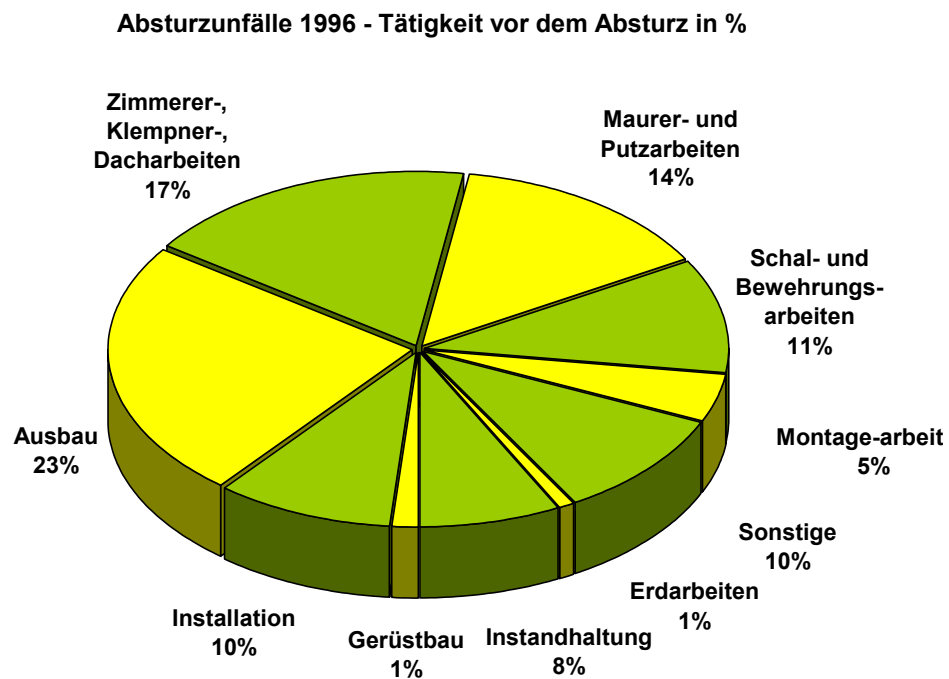


Bild 1: Absturzunfälle 1996 - Tätigkeiten vor dem Absturz in %

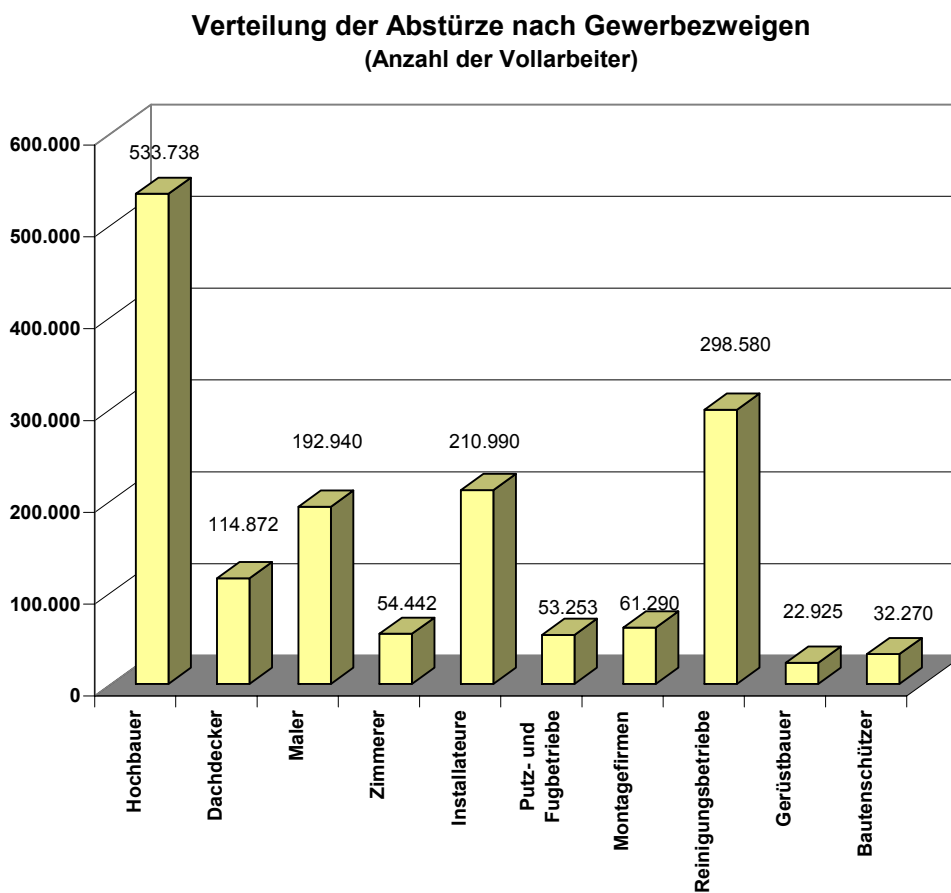


Bild 2: Verteilung der Abstürze nach Gewerbebezweigen (Anzahl der Vollarbeiter)

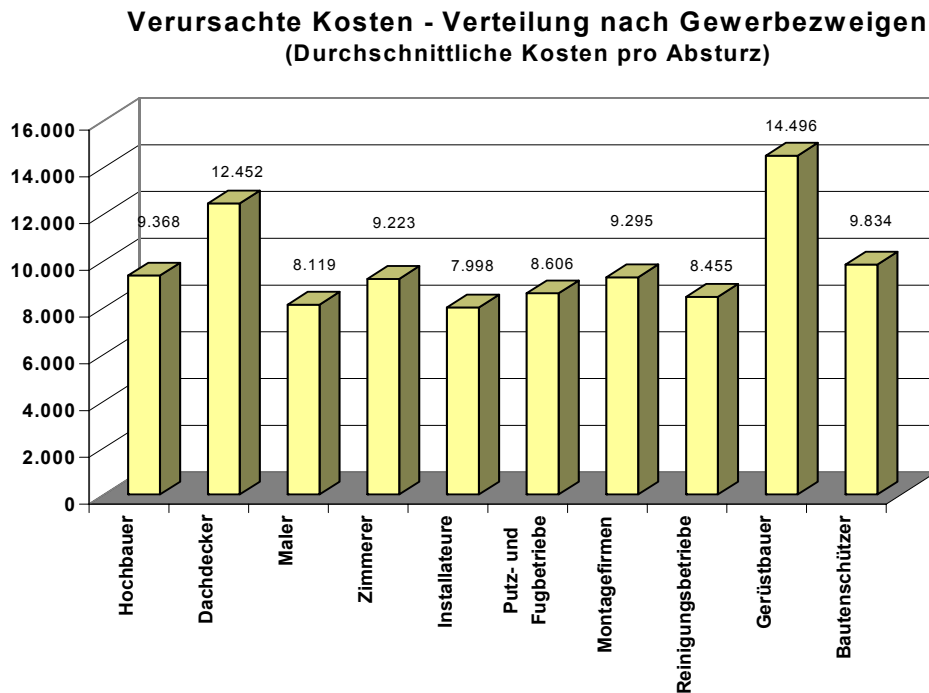


Bild 3: Verursachte Kosten - Verteilung nach Gewerbezweigen (Durchschnittliche Kosten pro Absturz)

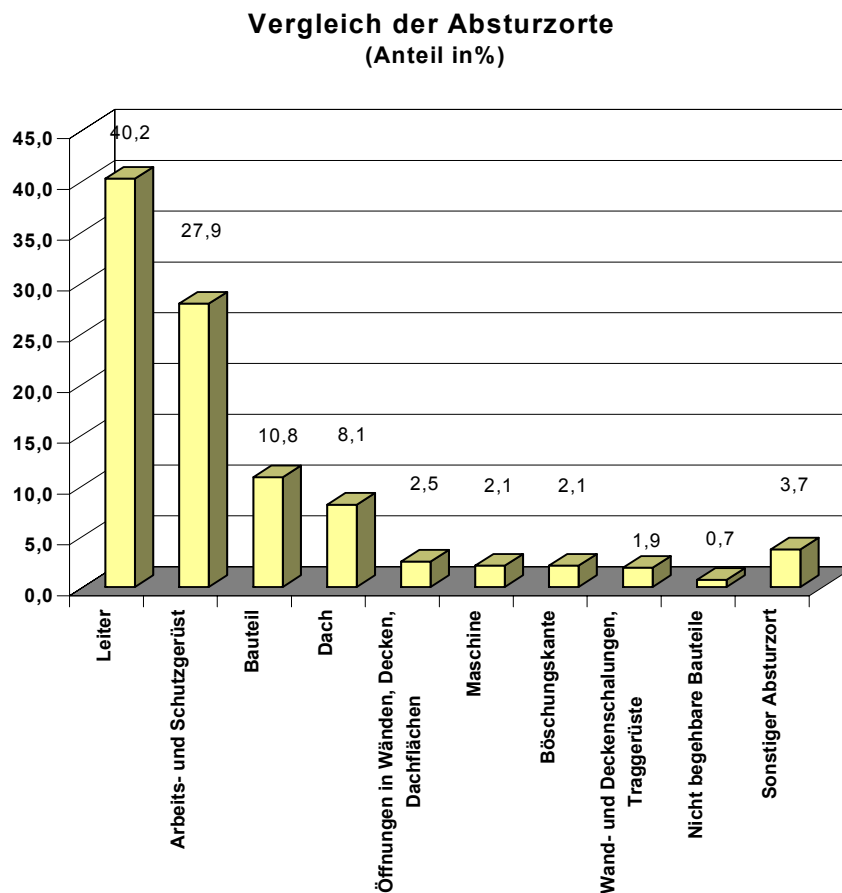


Bild 4: Vergleich der Absturzorte (Anteil in %)

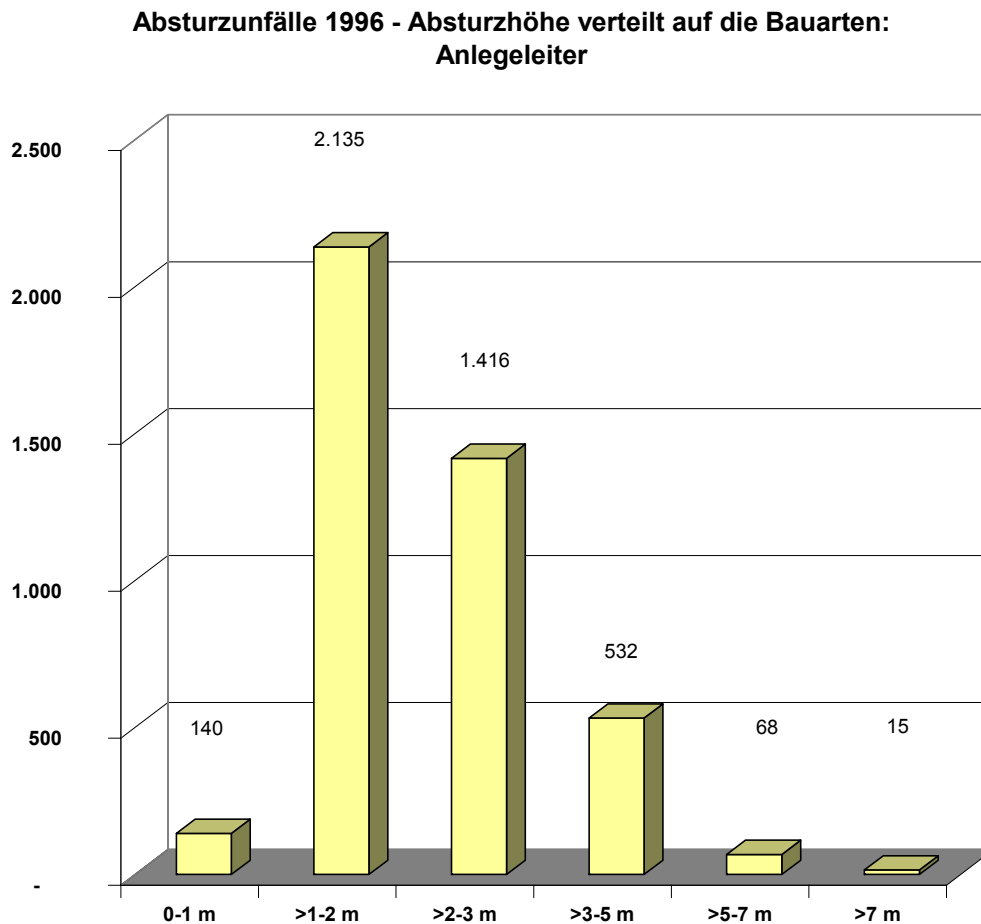


Bild 5: Absturzunfälle 1996 - Absturzhöhe verteilt auf die Bauarten: Anlegeleiter

Mann kann aus dem Zahlenwerk eine Verteilung der Absturzunfälle auf alle Gewerke erkennen und die Abstürze von Leitern als einen Unfallschwerpunkt herausarbeiten, der gleichwohl die hohe Absturzgefährdung bei Arbeiten in geringen Höhen deutlich macht.

Der Absturzunfall ist also in allen Branchen ein Thema.

Was kann man tun, um Absturzgefährdungen zu minimieren ?

Mann muß neben der Erfüllung gesetzlicher Rahmenbedingungen vor allem wirtschaftliche Absturzsicherungen anstreben, damit das praxisorientierte Arbeiten gefördert wird. Die Optimierung der handwerklichen Prozesse auf der Baustelle muß auch eine Trennung der unfallträchtigen Absturzgefährdung bewirken und damit zu einem Nebeneffekt mit wirtschaftlichem Nutzen für das jeweilige Unternehmen und auch für die Gemeinschaft von mit Entschädigungsleistungen für Unfälle belasteter Unternehmergruppen werden.

Die Verhinderung der Absturzgefährdung kann durch ein Umdenken im ablauftechnischen, d.h. technologischen Sinne einer Baumaßnahme erreicht werden. Dabei ist zu fragen, ob

eine rechtzeitig und umfassend geplante allgemeine Schutzmaßnahme gegen Absturz nicht effektiver oder zumindestens nicht kostenintensiver als die vielen Einzel- oder Adhocmaßnahmen bzw. der eventuelle Unfall ist, zumal mit der optimierten Schutzmaßnahme gleichzeitig eine Verbesserung der qualitativen und quantitativen Abarbeitung der jeweiligen Leistung verbunden ist.

Ich glaube man muß sagen, daß im Zuge des modernen Bauens keiner umhin kommt, auch die Arbeitsplätze in der Höhe planmäßig vorzubereiten und zu sichern.

Mit der Baustellenverordnung wird dazu m.E. der richtige Weg aufgezeigt, bereits in der Entwurfsphase die Belange des Arbeits- und Gesundheitsschutzes einfließen zu lassen.

Bei der Vergabepaxis von Bauobjekten zeigt sich zunehmend, daß Auftraggeber mehr und mehr Komplettleistungen an Generalunternehmer vergeben. Das macht entsprechende Koordinierungsmaßnahmen erforderlich, d.h. ein gewerkeübergreifendes Denken ist unabdingbar und gefragt. Hier liegt ein weites Betätigungsfeld des Bauherrn und seiner fachkompetenten Beauftragten insbesondere hinsichtlich der Gestaltung sicherer Arbeitsplätze und Verkehrswege in der Höhe.

Diese anzustrebende Weitsicht darf sich natürlich nicht nur auf eine große Baumaßnahme beschränken.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch erwähnen, daß Absturzsicherungsmaßnahmen einen Teil der bezahlten Leistungen darstellen und somit nur in kompletter und ordnungsgemäßer Ausführung akzeptiert werden sollten. Auch dadurch kann das Wechselverhältnis zwischen Wirtschaftlichkeit und Sicherheit deutlich gemacht werden.

Wer nicht nur kurzfristig denkt, der wird den Zusammenhang zwischen Sicherheit, Kosten, Qualität und weiteren Faktoren erkennen. Durch das Hervorheben der Anforderungen eines einzelnen Faktors bei gleichzeitiger Vernachlässigung anderer Faktoren wird das Gleichgewicht in einem Maß gestört, daß die Gesamtkosten des Projektes steigen.

Diese Überlegungen sollten auch ein wichtiger Punkt bei der Planung der Absturzsicherungen für zukünftige bauwerkstechnische Erhaltungs- und Kontrollmaßnahmen sowie für die Glas- und Fassadenreinigung sein.

Gemeint sind hier neben dem sicheren Aufstieg zu hochgelegenen Arbeitsplätzen, die leider weniger Berücksichtigung findenden, Arbeiten, wie Dachflächenkontrolle, Reinigung von Dachabläufen, Fensterreinigung, Kontrolle des Blitzschutzes, Reinigung der Abgaseinrichtungen, aber auch Koplettisanierungen von Oberflächen z.B. an Brücken, Erneuerung des Farbanstriches, Betoninstandsetzungsmaßnahmen, allgemeine Abdichtungsmaßnahmen u.a.

Der Planer muß hier alle in Frage kommenden Arbeiten berücksichtigen und abwägen, ob für diese Arbeiten bereits zu Beginn fest installierte Absturzsicherungsmaßnahmen getroffen werden können oder er muß Möglichkeit vorsehen, daß entsprechende Einrichtungen für

die jeweiligen Arbeiten geschaffen werden können, z.B. Gründungsmöglichkeiten für Gerüste, Aufhängungen für Fahrbühnen oder Befestigungsmöglichkeiten für Geländer.

Beim Planer genau wie beim Bauunternehmer ist Fachkompetenz gefragt, um die genannten Themen bearbeiten zu können und für einen sicheren Arbeitsablauf bei der Durchführung einer Baumaßnahme zu sorgen.

Es ist unabdingbar, sich mit Gesetzen , Normen und Regeln zu beschäftigen.

Wenn es um sichere Arbeitsplätze und Verkehrswege in der Höhe geht sollte klar sein, daß individuelle Schutzmaßnahmen nachrangig zu anderen Maßnahmen zu betrachten sind. Dieser Grundsatz, wonach Maßnahmen des objektiven Arbeitsschutzes stets Vorrang haben, ist ein das Arbeitsschutzgesetz prägender europäischer Grundsatz, der z.B. auch in der Unfallverhütungsvorschrift „Bauarbeiten“ (VBG 37) und den darauf aufbauenden Regeln für Sicherheit und Gesundheit für die verschiedensten Tätigkeiten seinen Niederschlag findet.

In der VBG 37 ist z.B. der Einsatz von Leitern nach §§ 7 und 10 stark eingeschränkt.

So darf die Anlegeleiter als Arbeitsplatz nur für kurzfristige Tätigkeiten verwendet werden und die Standplatzhöhe von 7,00 m auf keinen Fall überschritten werden. Nach dieser Forderung ist vergleichsweise das Montieren von Betonfertigteilen oder das Versetzen von Porenbetonplatten von der Anlegeleiter aus nicht gestattet.

Grundsätzlich sind auch Leitern als Verkehrsweg nicht geeignet. Lediglich zur Überbrückung von Höhenunterschieden bis 5,00 m dürfen sie eingesetzt werden.

Ein Wort zum Verständnis der Regelungen zu den Absturzsicherungen in der Unfallverhütungsvorschrift „Bauarbeiten“ muß noch gesagt werden.

Im § 12 ist eine Rang- und Reihenfolge der zu treffenden Maßnahmen festgeschrieben. Es geht nicht an, daß man als erstes den Anseilschutz oder gar den Verzicht auf Absturzsicherungen auswählt. Vielmehr ist als erstes zu prüfen, ob Beschäftigte direkt an Absturzkanten gesichert werden können.

Erst wenn hierzu aus arbeitstechnischen Gründen keine Möglichkeiten bestehen, weil direkt an den Kanten Arbeiten ausgeführt werden müssen, darf auf die in der Rangfolge an zweiter Stelle stehenden kollektiv wirkenden Auffangeinrichtungen, wie Dachfanggerüste oder andere Fanggerüste sowie Auffangnetze zurückgegriffen werden.

Letztlich darf auf diese Auffangeinrichtungen nur verzichtet werden und der Anseilschutz zum Einsatz gelangen, wenn sie nachweislich nicht einsetzbar sind und die Verwendung des Anseilschutzes detailliert geregelt und festgelegt wird.

Ein Beispiel für erforderliche kollektiv wirkende Absturzsicherungen sind die Dacharbeiten im Bereich der Ortgänge bzw. Giebel.

Eine fachkompetente Gefährdungsanalyse unter Bezugnahme der eben erwähnten UVV „Bauarbeiten“ und der konkretisierenden Sicherheitsregel wird grundsätzlich zu keinem anderen Ergebnis führen.

Für Flachdächer gilt grundsätzlich Gleiches.

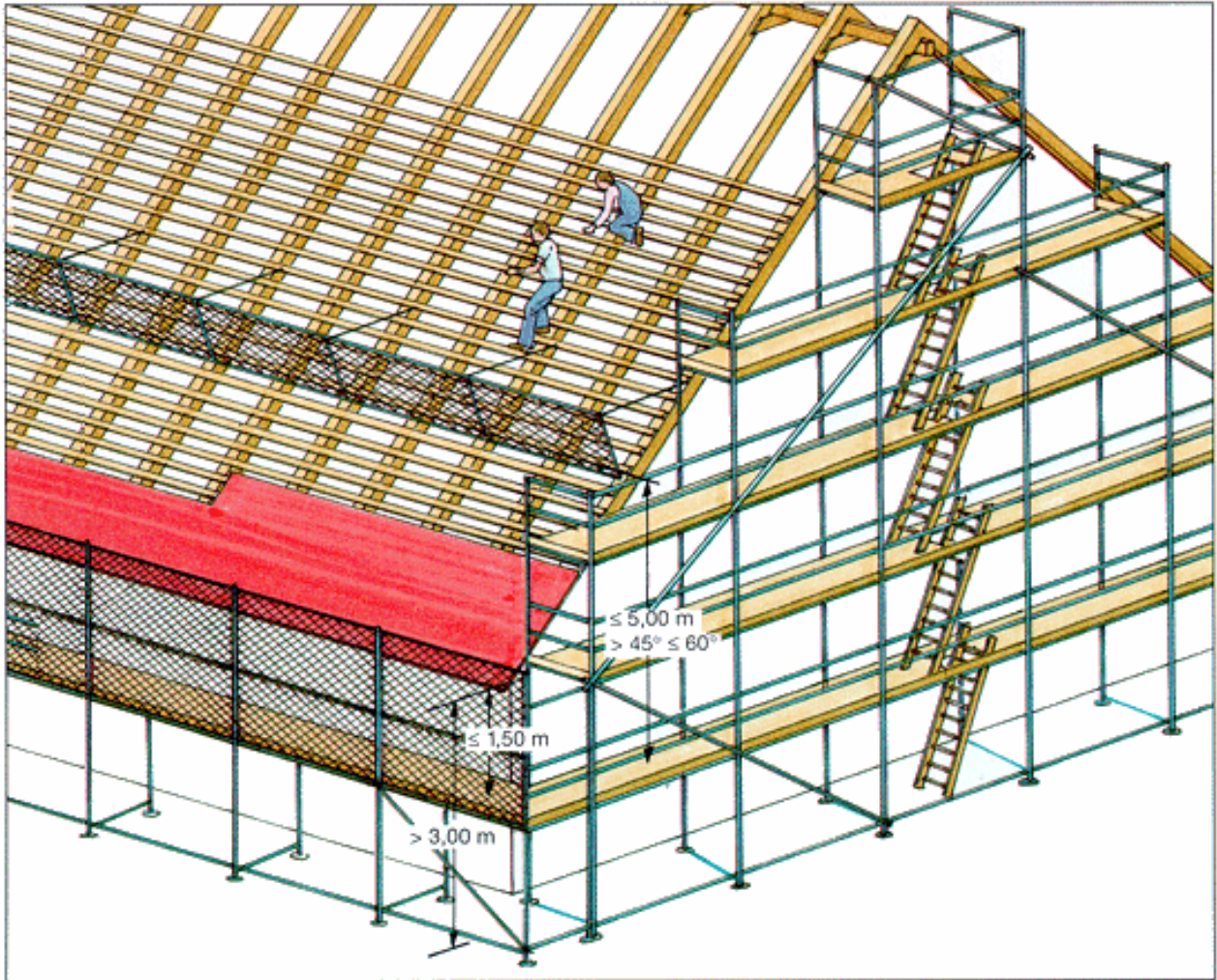


Bild 6: Dachfanggerüst

Daß auf Baustellen immer wieder technische Lösungen zu Absturzsicherungen angetroffen werden beweist, daß die Industrie zahlreiche Angebote dafür parat hat und sich Bauherren, Planer und ausschreibende Stellen auf der einen Seite sowie ausführende Unternehmen auf der anderen Seite damit beschäftigt haben und sich der Vorteile des gesicherten Arbeitens in der Höhe durchaus bewußt sind.

Daß es daneben ohne die Einsichtigkeit der Beschäftigten, sich ohne Leichtsinn bei der Arbeit in der Höhe zu verhalten, nicht geht, darf natürlich auf keinen Fall unerwähnt bleiben.